

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(37. - öffentliche - Sitzung am 4. September 2024)

Tagesordnung:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung und des Niedersächsischen Volksabstimmungsgesetzes (Demokratiestärkungsgesetz)**
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 19/4575](#)

Der - federführende - Ausschuss nimmt die Beratung auf. Er bittet die Landesregierung, zu dem Gesetzentwurf schriftlich Stellung zu nehmen.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Niedersächsische Landesbeauftragte oder den Niedersächsischen Landesbeauftragten für Opferschutz**
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 19/2451](#)

Der Ausschuss nimmt die Beratung auf. Er bittet die Landesregierung, zu dem Gesetzentwurf in einer der nächsten Sitzungen Stellung zu nehmen.

3. **Das juristische Staatsexamen digitalisiert - dem Zeitalter von Nachwuchsjuristinnen und Nachwuchsjuristen gerecht werden**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/4576](#)

Der - federführende - Ausschuss nimmt die Beratung auf. Er bittet die Landesregierung, zu dem Antrag in einer der nächsten Sitzungen Stellung zu nehmen.

4. **Erbrachte Prüfungsleistungen honorieren und die rechtswissenschaftliche Ausbildung attraktiver gestalten**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3370](#)

Der - federführende - Ausschuss setzt die Beratung fort und nimmt in Aussicht, sie in der Sitzung am 18. September 2024 abzuschließen. Er bittet den Ausschuss für Wissenschaft und Kultur, bis dahin die Mitberatung durchzuführen.

5. **Werkmeister und Werkmeisterinnen im niedersächsischen Justizvollzug besser unterstützen**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/5087](#)

Ein Mitglied der Fraktion der Grünen stellt den Antrag vor. Der Ausschuss überweist den Antrag zur vorbereitenden Beratung seinem Unterausschuss „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“.

6. **Möglichkeiten für den Einsatz von Gesichtserkennungssoftware bei Strafverfolgung und Gefahrenabwehr**

Der Ausschuss nimmt die erbetene Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

7. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Überlastung bei der Staatsanwaltschaft Braunschweig“**

Der Ausschuss nimmt den Antrag der CDU-Fraktion einstimmig an.